

Politik II/112

Hannover, 31.12.1947

Unheimliche Spannung

P.R. In den letzten Tagen des vergangenen Jahres ging ein bitteres Scherzwort um. Auf die Frage "Wie geht es Ihnen?" bekam man den Bescheid "Danke, besser als 1948". Nun sind solche pessimistischen Prognosen für viele sicher nur eine Art Selbstschutz gegen unangenehme Überraschungen, an die sie im Grunde nicht glauben. Aber ein grosser Teil der Menschen, die die Erfahrungen der letzten Jahre nicht vergessen haben, ist wirklich der Ansicht, dass eigentlich sehr wenig für eine Besserung der Verhältnisse spricht. Die Überlegungen, die zum Marshall-Plan geführt haben, könnten gewisse Ansätze für einen gedämpften Optimismus bilden. Auch begrüsst man vielfach die fortgeschrittene Klärung der Standpunkte, die nach dem Londoner Fehlschlag manche bis dahin noch vorhandenen Gründe für ein vorsichtiges Taktieren beseitigten. Aber die Klärung ist doch höchst rein negativ gewesen; man weiss nun wenigstens, was alles nicht möglich ist. Was kommen soll, bleibt ungewiss. Statt dessen haben sich eine ganze Reihe von Ereignissen zugetragen, die eindeutig auf eine gefährliche Zuspitzung des grossen, alles beherrschenden Gegensatzes zwischen der westlichen und der östlichen Welt hinweisen. Sie brauchen hier nicht ausdrücklich genannt zu werden.

Es hat sich viel Zündstoff an vielen gefährlichen Stellen angesammelt. Die Erklärungen der verantwortlichen Staatsmänner werden immer aggressiver und verletzender, ein Beispiel wahrhaft unverwundlicher Gelassenheit bildet allein Bevin. Die Russen sprechen immer drastischer von den imperialistischen Kriegshetzern in Amerika und dort wieder sind erhebliche Kräfte gegen die Vertreter einer appeasement-Politik, einer Befriedigungspolitik, aufgetreten, die sich sehr unfreundliche Vergleiche mit jenen westeuropäischen Politikern gefallen lassen müssen, die seinerzeit mit ihrem Kinderglauben an die Vertragsfähigkeit eines Hitler grausam Schiffbruch erlitten. Die ganze Fülle beunruhigender Ereignisse, die die Gegenwart dem verstörten Blick vor über alle Massen kriegsmüden Völker bietet, einfach unter die Rubrik "Nervenkrieg" einzureihen, scheint ein etwas zu summarisches Verfahren zu sein. Denn vieles von dem, was geschieht, gleicht mehr einer ersten Etappe im militärischen Ringen um Ausgangspositionen, so die Bürgerkriege in Griechenland und China. Anderes hat zweifellos seine Ursache in dem Bemühen, den Gegner psychologisch mirbe zu machen. Beide Formen der Auseinandersetzung aber können, so hört man oft, sehr leicht, dank dem Eigengewicht solcher dynamischen Entwicklungen, über die Grenzen hinauswachsen, die ihnen ihre Urheber gesetzt haben. Man argumentiert so vor allem nach den Erfahrungen am Beginn der beiden letzten Weltkriege.

Es besteht aber ein wichtiger Unterschied. Damals, 1914 wie 1939, war eine Vielzahl von einander widerstrebenden Kräften am Werke und die

meisten davon waren alles andere als diszipliniert, waren mehr Getriebene als Treibende, wurden, ohne klare Konzeption und ohne festen eigenen Willen, in den Sog der Ereignisse hineingerissen. Diesmal ist die Welt zweigeteilt. Man soll nicht sagen, dass die inzwischen so furchterregend gewachsene Intensität der Kriegsmittel ein hemmendes Moment darstellen müsste - solche Überlegungen haben auch früher bestanden und weder den ersten noch den zweiten Weltkrieg verhindert, obwohl auch damals bereits jeweils eine beängstigende Steigerung der Waffenwirkung in alle Berechnungen mit einbezogen werden musste.

Heute dagegen sind sowohl die Sowjetunion wie die USA, diese mit ihrem britischen Verbündeten, äusserst disziplinierte Machtballungen, von denen man sich sehr schlecht vorstellen kann, dass sie in einen Krieg überdimensionalen Ausmasses "hineinschlüßern". Die Voraussetzung für einen Krieg wäre also der entschlossene und wohlüberlegte Wille beider oder der einen der beiden Mächte, diesen Krieg zu beginnen und eine solche Absicht könnte vernünftigerweise nur bestehen, wenn damit die feste Vorstellung der absoluten eigenen Überlegenheit verbunden wäre. Im anderen Fall wäre das Risiko vollkommen unvernünftig. Hier aber liegt im Grunde die einzige Hoffnung, die uns geblieben ist. Denn nach allen Tatsachen, die bekannt geworden sind, ist mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass jener Wille zum Kriege weder bei den USA noch bei den Sowjets vorhanden ist. Für wie lange das so bleiben wird, ist freilich ungewiss. So spricht zur Zeit sehr viel für die Richtigkeit der Ansicht Foster Dulles', dass die gegenwärtige Gefahr wirtschaftlicher und nicht militärischer Natur sei und dass kein Grund für Hysterie und Kriegsangst bestehe.

Natürlich wird das Gefühl der unheimlichen Spannung, das heute über der ganzen Welt und besonders über dem leidgeprüften Europa liegt, mit solchen zuvorsichtlichen Erklärungen, auch wenn sie von noch so wichtiger Stelle kommen, nicht beseitigt. Dazu ist der Gegensatz zu tief und zu offenkundig. Und niemand kann sagen, ob, und wann das möglich sein sollte, wie er auf lange Sicht aus der Welt geschafft oder doch neutralisiert werden könnte. Vor etwa einem Vierteljahr schon hielt der immer ernst zu nehmende "Economist" es für möglich, dass Amerika Russland als Gegenleistung für die Räumung Deutschlands einen Anteil an der laufenden deutschen Produktion zubillige und dass Russland dieses Angebot annehmen könnte, da es gerade an der mit amerikanischer Hilfe gesteigerten Produktion der Westzone beteiligt sein möchte. Es ist das eine Möglichkeit, die uns, zumal nach dem Londoner Misserfolg, sehr optimistisch zu sein scheint, aber sie sei immerhin verzeichnet.

Dem einzelnen Deutschen aber bleibt, wo immer er steht, als mögliche Richtschnur seines Handelns nur das Wort "Sehnsucht ins Ferne, Künftige" - und das ist für ihn der wahre und dauerhafte Friede - "zu beschwichtigen, beschäftige dich heute und hier im Tüchtigen". Man möge ihm dazu Gelegenheit geben, der Wille zu Arbeit und Leistung ist vorhanden.

Es muss Frieden werden!

Deutschlands Einheit ist zerstört—Deutschlands Einheit bleibt das Ziel
 — Von Friedrich Stampfer, New York

Für die Situation, die mit dem Abbruch der Londoner Konferenz entstanden ist, tragen die Sieger des zweiten Weltkrieges gemeinsam die Verantwortung. Wenn jetzt der Osten versucht, alle Schuld auf den Westen abzuschieben, während der Westen sie ganz auf den Osten abladen will, so muss daran erinnert werden, dass diese Situation die Folge von Beschlüssen ist, die die Sieger einst gemeinsam gefasst hatten. Der Beschluss, Deutschland als Staat zu zerstören und es für absehbare Zeit unter geteilter ausländischer Besetzung zu halten, wurde gemeinsam gefasst. Der Verwurf, seine unvermeidbaren Folgen nicht vorausgesehen zu haben, trifft beide Teile. Wenn sie nun versuchen wollen, aus der gefährlichen Lage, die sie selber geschaffen haben, wieder herauszukommen, werden sie gut tun, nicht nur zu reden, um einander anzuklagen, sondern auch zu hören und zu überlegen, was an den Behauptungen des anderen richtig ist.

Amerika sagt, dass Russland übertriebene, unmögliche Reparationsforderungen stellt und hat recht. Es sagt, dass Russland den deutschen Osten systematisch ausplündert, und hat recht. Es klagt Russland an, keine Menschenrechte zu kennen, die Freiheit nicht zu achten, willkürlich, oft grausam zu handeln, und hat damit recht, recht und abnormal recht. Mit bolschewistischen Kraftausdrücken kann man diese Tatsachen nicht aus der Welt schaffen, und Russland wird mit allen Einheitsparaden und Maskeraden keine Freunde in Deutschland gewinnen, wenn es sich nicht entschliesst, seine Haltung gründlich zu ändern.

Wie steht es nun mit den Vorwürfen, die Russland gegen die Westmächte erhebt? Sind sie wirklich alle ganz unberechtigt? Es bedarf keines Beweises, dass sich die Staatskassen in Washington, London und Paris keineswegs an Deutschland bereichert haben, und insoweit waren die Minister des Westens mit ihren Verwahrungen formal durchaus im Recht. Wie aber steht es mit der Wirtschaft? Wer kann ernstlich leugnen, dass das ganze System der Demontagen, der Patententeignung, des Industrienniveaus, diese ganze negative Planwirtschaft — geplante Behinderung, nicht Förderung der Wirtschaft — dem Zwecke dient, den Westmächten einen uneinholbaren Vorsprung auf dem Weltmarkt zu sichern? Das ist aus dem feierlichen Versprechen der Atlantic Charta geworden, dass Sieger und Besiegte nach dem Kriege unter gleichen Bedingungen Zutritt zum Weltmarkt erhalten sollen?

Russland klagt den Westen an, dass er die Zerstückelung Deutschlands will. Soweit sich dieser Vorwurf gegen Frankreich richtet, ist er unbedingt richtig. Was aber Amerika betrifft, so lässt die Entschiedenheit, mit der jede Absicht der Zerstückelung bestritten wird, auf einen erfreulichen Wandel der Gesinnung schließen. Wenn trotzdem noch nicht alle Zweifel an der Vollständigkeit dieses Gesinnungswechsels beseitigt sind, so liegt das an der Intensität, mit der hierzulande bis vor kurzem die Zerstückelungspropaganda betrieben worden ist — nicht nur von kleinen Leuten mit geringem Ein-

flüsse, sondern auch von höchst einflussreichen Personen aus der unmittelbaren Umgebung des Präsidenten Roosevelt. Das Buch des ehemaligen Unterstaatssekretärs Sumner Welles "Time for Decision" enthält einen Plan für die Aufteilung Deutschlands, der dem jetzt eingetretenen Zustand weitgehend entspricht. Der berühmte Morgenthauptplan, den der verstorbene Präsident als "top secret" nach Quebec mitnahm, forderte nicht nur die Schliessung der Ruhrkohlegruben und den Abzug der amerikanischen Truppen, nachdem Russland und seine Hilfsvölker die Besatzungspflichten übernommen, sondern auch die Zerlegung Deutschlands in zwei "unabhängige" Staaten. Auf der Konferenz von Jalta war man, nach dem Zeugnis von James F. Byrnes, einig, dass Deutschland in mehrere Staaten aufgeteilt werden sollte, man wusste nur noch nicht, in wieviele. Diese Vorgeschichte macht es verständlich, dass man in Deutschland nicht weiss, ob man das Wort "federalization" mit "Föderalisierung" oder mit "Balkanisierung" übersetzen soll.

Wenn Amerika beweisen will, dass die Vorwürfe der Russen unberechtigt sind, werden wortreiche Widerlegungen wenig helfen. Taten werden notwendig sein, die stärker sind als Worte. Die Aufrichtung einer westdeutschen Puppenregierung, der man befiehlt, einen Sonderfrieden zu unterschreiben, wäre ein Hohn auf die Demokratie und den gesunden Menschenverstand. Es muss ein Ende gemacht werden mit aller militärischen Bevormundung und Unterdrückung, ein Ende mit Demontagen und allen Vorschriften zur künstlichen Behinderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Während man sich in Genf bemüht, Menschenrechte für die ganze Welt zu schaffen, sollte man zeigen, wie zunächst und wenigstens in Europa gleiche Rechte für alle geschaffen werden. Vom Kriegszustand, der für aufgehoben zu erklären ist, sollte nichts anders bleiben als die Tatsache der Anwesenheit fremder Truppen im Lande, die solange notwendig bleibt, bis ein Abkommen über die gleichzeitige Räumung aller Zonen getroffen und durchgeführt worden ist.

Auf alle Fälle soll man in Amerika wissen, dass die Wiederherstellung der zerstörten Einheit des Vaterlandes das Ziel aller anständigen und ehrliebenden Deutschen ist, und man soll kein Gehör geben jenen hetzerischen Stimmen, die von "Nationalismus" reden, wenn ein Deutscher so denkt und handelt, wie jeder anständige Amerikaner, wenn er das unvorstellbare Unglück hätte, in eine ähnliche Lage zu geraten, gleichfalls denken und handeln würde. Wer glaubt, dass es genüge, die Deutschen vor dem Hungertode zu bewahren, mag sich des Wortes erinnern, dass der Mensch von Höherem lebt als nur von Brot. Die Deutschen werden zu denen stehen, die ihnen helfen, ihre Einheit als Nation wiederzugewinnen.

(Wir halten den folgenden Beitrag im Hinblick auf die kommende grosse Tagung am 7. Januar für besonders aktuell. B.Red.)

Frankfurts wachsende Bedeutung

Kl, Frankfurt, 30.12.47

Mitten im Zentrum der Stadt Frankfurt schlägt das Herz der beiden vereinigten Westzonen. Einstmals war im Strauss-Haus die Geuleitung untergebracht, heute hat in diesem Gebäude der Wirtschaftsrat und der Exekutivrat sein Domizil aufgeschlagen. Die bizonalen Behörden geben der Mainmetropole ihr Gepräge, am Stadtrand entstehen neue Siedlungen für Beamte, die Kosten für diese Bauvorhaben belaufen auf 26 Millionen Mark. Daneben werden zerstörte Siedlungen ausgebessert, aber auch die Frankfurter selbst profitieren von dem reichlichen Zustrom der Baumaterialien. Überall in der Stadt eröffnen neue, teilweise prächtig ausgestattete Geschäfte ihre Pforten und wenn man die Neubauten der Bäcker, Metzger und Schwarzhändler dazurechnet, (sich dann kann man schon sagen, dass in Frankfurt emsig aufgebaut wird.

Hingegen ist das Bauprogramm der Stadtverwaltung etwas ins Stocken geraten. Der Grund: Durch besseres Essen und höhere Löhne zieht das bizonale Bauprogramm die Arbeiter magisch an und auch in der Materialzuteilung befindet sich die Zweizonen-Verwaltung in Vorhand. Nur bei der Errichtung der Paulskirche arbeiten alle einträchtig Hand in Hand. Soll sie doch künftig für Sitzungen bereitstehen, denn die Benutzung des Börsensalles für die Tagungen des Wirtschaftsrates ist nur eine Interimslösung. Der kleine Mann freilich nimmt die vielen Reden über die künftige Bedeutung seiner Stadt und die Arbeit der bizonalen Behörden voll Misstrauen auf. Musste er es doch erleben, dass er nicht wieder in seine von der Besatzungsmacht freigegebene Wohnung hineinkam, sondern dort Beamte Bizonesians untergebracht wurden.

Frankfurt ist durch seinen Rhein-Main-Flughafen Deutschlands Tor zur Welt geworden. Über 20 Fluggesellschaften berühren täglich den Flughafen, der an Bedeutung Berlins Tempelhofer Feld bei weitem übertrifft. Platz und Empfangsgebäude haben die American Overseas Airlines von der amerikanischen Militärbehörde gepachtet. Hier ist der Ausgangspunkt für den Atlantikverkehr. Deshalb soll auch alsbald an der Wilhelms-Brücke ein Hochhaus gebaut werden, in dem alle Reisebüros, die gesamte Ausländische Presse und ein Hotel mit 300 Betten für Fluggäste untergebracht werden. Auf dem Flughafen selbst wird ein weiteres Hotel erstehen.

Der Wiederaufbau der Stadt Frankfurt ist jetzt aus dem Stadium der Improvisation in das der Planung eingetreten. So soll das Hafengelände eine beträchtliche Erweiterung erfahren, wie auch neue Strassen den Fernverkehr um die Stadt herumleiten werden. Am Hauptbahnhof

wird ein Viertel der Hotels und der Garagen emporwachsen, während das nahegelegene Messengelände weit nach Westen ausgedehnt werden wird. Das Westend wird mit dem IG-Hochhaus zum Verwaltungsviertel auserkoren werden, indes-senssich der Einzelhandel in der Innenstadt etablieren wird. Die Altstadt ist als Viertel des kulturellen und gewerblichen Lebens vorgesehen, doch sollen daneben aber auch gesunde Wohnviertel Menschen aufnehmen können. Von den historischen Gebäuden will man das Goethehaus, den Römer, die Nikolaikirche und den Saalhof restaurieren.

Die Aussenstadt, der Siedlungsring und die Vororte sollen zu den eigentlichen Wohnvierteln werden, ausserdem sollen auch Orte ausserhalb des Stadtgebietes in die Stadtplanung einbezogen werden. Grosszügige Grünflächen in Gestalt von Anlagen, Friedhöfen und Sportplätzen sollen zur Erholung bereitstehen.

Schumacher spricht in Bremen

"Deutschland - Ost und West" ist das Thema einer grossen Rede, die der erste Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr. Kurt Schumacher, am 14. Januar 1948 um 19 Uhr in der Bremer Sporthalle halten wird.

In Anbetracht der durch den Misserfolg der Londoner Konferenz geschaffenen Lage und der überall, so auch in Bremen, veranstalteten kommunistischen Propaganda für den Volkskongress erscheint diese Kundgebung, zu der Delegationen aus ganz Niedersachsen erscheinen werden, politisch besonders bedeutungsvoll.

Crossman im englischen Kabinett?

In London erwartet man bereits für die allernächste Zukunft neue Veränderungen im englischen Kabinett. So rechnet man mit dem Eintritt des früheren "Rebellen" R.H.S. Crossman in die Regierung Attlees. Er soll dort den Posten des seit längerem erkrankten Transportministers Alfred Barnes übernehmen. Als Nachfolger für A.V. Alexander, der in den Adelsstand erhoben werden dürfte, wird allgemein der Eschatakanaler Hugh Dalton erwartet, dessen Rückkehr ins Kabinett von allen Parteien begrüsst werden dürfte. (m/B65/1/3112/he)

Verantwortlich: Peter Brunau